



Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2007 (-Drucksache 153/2006-)

Beteiligungsberichte des Landkreises Bad Dürkheim





Beteiligungsberichte gemäß § 90 Abs. 2 GemO

Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 90 Abs. 2 GemO ist der Landkreis verpflichtet, dem Kreistag mit der Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung einen Bericht über die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie mindestens mit 5 v.H. beteiligt sind, vorzulegen. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben enthalten über:

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligung des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe sowie
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das Unternehmen. Danach darf der Landkreis wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Der Landkreis ist wie folgt an wirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 5 % in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligt:

Unternehmen	Stand 31.12.2005	Anteil am Stammkapital
GML	51.200,00 EUR	6,25 %
Rhein-Haardtbahn	207.737,89 EUR	12,50 %
Staatsbad	1.227.240,00 EUR	24,49 %
HDW Bockenheim	6.391,15 EUR	25,00 %

Auch für nichtwirtschaftliche Einrichtungen ist ein Beteiligungsbericht erforderlich, er muss jedoch keine Ausführungen zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO enthalten. Der Beschlussvorlage ist deshalb auch ein Beteiligungsbericht hinsichtlich des Kreiskrankenhauses Grünstadt, des Abfallwirtschaftsbetriebes und der Beteiligung des Landkreises an der Bauhilfe Haßloch beigelegt.

Bad Dürkheim, den 05.12.2006

Sabine Röhl
Landrätin



Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Teil I

- für alle Unternehmen und Einrichtungen -



Name des Unternehmens	GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Ludwigshafen
Rechtsform	☐ öffentlich-rechtlich ☒ privatrechtlich - GmbH
Gegründet	1985
Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	18.07.2003
Wirtschaftsjahr ist (z.B. Kalenderjahr)	01.01.2005 - 31.12.2005
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2005	819.200,00 €
Veränderung im Berichtsjahr	0 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	sind nach § 2 des Gesellschaftsvertrages die Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, die Abgabe des bei der Verbrennung erzeugten Dampfes in unverarbeitetem Zustand an die Technischen Werke Ludwigshafen AG zur Verteilung oder zur Erzeugung von Wärme und Strom.
	Der Gegenstand des Unternehmens ist ☐ eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 1 GemO ☒ eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO

Teil II

- nur für Unternehmen in privater Rechtsform -

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<u>Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:</u> • die Stadt Worms mit 6,25% • die Stadt Ludwigshafen mit 55,63% • die Stadt Speyer mit 6,25% • die Stadt Frankenthal mit 6,25% • die Stadt Neustadt/Weinstraße mit 6,25% • der Landkreis Bad Dürkheim mit 6,25% • der Rhein-Pfalz-Kreis mit 6,25% • der Landkreis Alzey-Worms mit 6,25% • die Stadt Mannheim mit 0,62% 100,00%
--	--

Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz Nr. 1 GemO)	<u>Für die Gemeinde gehören an:</u> ▪ der Gesellschafterversammlung: <i>Landrätin Sabine Röhl</i> ▪ dem Aufsichtsrat <i>1. Kreisbeigeordneter Erhard Freunscht</i> <u>Der Geschäftsführung gehören an:</u> <i>Dr. Wolf-Günther Druckenbrodt</i>
--	--

Beteiligungen des Unternehmens (§90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<u>Das Unternehmen ist beteiligt an:</u> <table border="0"> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> </table> <u>Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr</u> ☒ nicht verändert ☐ wie folgt verändert:	▪		mit	%	▪		mit	%	▪		mit	%
▪		mit	%										
▪		mit	%										
▪		mit	%										

Wichtige Verträge (z. B. Konzessionsvertrag)	Konsortialvereinbarung über Kommunalbürgschaften <u>2005</u>
--	--

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben	Sicherstellung des Entsorgungsauftrages für die Zukunft
--	---

Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kennzahl
1. Ertragslage	
a) Rentabilität	
▪ Eigenkapitalrentabilität	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital 1,44%
▪ Gesamtkapitalrentabilität	((Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen) x 100) : Gesamtkapital 4,37%
b) Umsatz pro ...	
▪ Mitarbeiter (14)	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter 1.847.701,55 €
▪ Anschlußnehmer	Umsatz : Anzahl der Anschlußnehmer -
▪ Einwohner (700.000)	Umsatz : Anzahl der Einwohner 38,95 €
▪ Cash-Flow	Jahresüberschuß/-fehlbetrag + Abschreibungen auf Anlagen + Pensionsrückstellungen 6.217.671,18 €
2. Vermögensaufbau	
▪ Anlagenintensität	(Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen 88,24%
▪ Intensität des Umlaufvermögens	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen 13,75%
3. Anlagenfinanzierung	
▪ Anlagendeckung I	(Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen 19,88%
▪ Anlagendeckung II	((Eigenkapital + langfr. Fremdkapital) x 100) : Anlagevermögen 107,76%
4. Kapitalausstattung	
▪ Eigenkapitalquote	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital 17,14%
▪ Fremdkapitalquote	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital 75,79%
5. Liquidität	
▪ Liquiditätsgrad III	(Umlaufvermögen incl. Vorräte x 100) : mittel- u. kurzfristiges Fremdkapital 42,69%

Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☒ Das Unternehmen ist finanziell solide und für die künftigen Anforderungen bis auf weiteres gerüstet. ☐ Das Unternehmen benötigt, um auch künftig den Anforderungen gewachsen zu sein, (weitere) Kooperationspartner. ☐ Das Unternehmen benötigt für die erforderlichen Investitionen / zur dauerhaften Sicherung eine Eigenkapitalquote von > 30%. ☐ Das Unternehmen benötigt auf Dauer einen Zuschuß der Gemeinde in Höhe von = €. ☐ Der Kostendeckungsgrad betrug im Berichtszeitraum%; er ist mittelfristig zur Sicherung des Unternehmens auf% anzuheben. ☐ Eine Veränderung der seit geltende Gebühren/Preise um% zum ist erforderlich. ☐ Die gewünschte Ausdehnung des Leistungsangebotes des Unternehmens erfordert zusätzliches Eigenkapital in Höhe von €.
---	---

Kapitalzuführungen / -entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☐ nicht erfolgt ☒ Kapital in Höhe von 99.217,26 € wurde zugeführt. ☐ Kapital in Höhe von € wurde entnommen.
---	--

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<u>Kapitalzuführungen/ -entnahmen der letzten 3 Jahre:</u> in die freien Rücklagen <u>Gewinnabführungen der letzten 3 Jahre:</u> lt. Satzung und entsprechendem Gewinnverwendungsbeschluss <u>Vom Unternehmen gezahlte Steuer an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u> <table data-bbox="877 1668 1372 1780"> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td>2003</td> </tr> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td>2004</td> </tr> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td>2005</td> </tr> </table> <u>Vom Unternehmen gezahlte Konzessionsabgaben an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u>	Gewerbesteuer	2003	Gewerbesteuer	2004	Gewerbesteuer	2005
Gewerbesteuer	2003						
Gewerbesteuer	2004						
Gewerbesteuer	2005						

Laufende Gesamtabzüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☐ Vorstand / Geschäftsführung / Werkleitung ☒ Aufsichtsrat 9.095,00 €
---	---

Personalentwicklung (durchschnittl. Zahl des Personals für das Berichtsjahr und das Vorjahr nach Gruppe d. h. Arbeiter, Angestellte...)	14 nur Angestellte
---	---

Teil III

- für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts -

<i>Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen:</i> <i>"Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn</i> 1. Der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt. 2. Das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und 3. Der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann."	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1: Hierzu sind unter dem Stichwort "Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks" die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 2: Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft" die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 3: ☒ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern. ☐ Im Berichtsjahr wurden alternative Arten der Ausgaben Erfüllung (für die Teilaufgabe X) geprüft. Die Ergebnisse wurden am im Aufsichtsrat (sowie am im Ausschuß/Stadtrat beraten. ▪ Für die Aufgabe wurde ein privates Angebot als besser und wirtschaftlicher bewertet. Ein entsprechender Vertragsabschluß ist zum vorgesehen. ▪ Das vom Privaten unterbreitete Angebot wurde gegenüber der bisherigen Aufgabenerfüllung als nicht gleichwertig erachtet. Von dem privaten Angebot wurde Abstand genommen.
---	--

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

TEIL I für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Rhein-Haardtbahn GmbH
Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegründet Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	1910 30.01.1992
Wirtschaftsjahr ist Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres Veränderungen im Berichtsjahr	das Kalenderjahr 3.250.000,00 DM ($\approx$ 1.661.698,61 €) keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	ist der Betrieb einer elektrischen Eisenbahn auf der Strecke Bad Dürkheim – Ludwigshafen- Oggersheim für Personen- und Stückgutbeförderung. Außerdem kann die Gesellschaft Omnibuslinienverkehr in ihrem Verkehrsbereich sowie Omnibusgelegenheitsverkehr betreiben.
	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO

TEIL II nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1. Technische Werke Ludwigshafen am Rhein Aktiengesellschaft mit DM 1.755.000 = 54 % ($\approx$ € 897.317,25) 2. Stadt Bad Dürkheim mit DM 325.000 = 10 % ($\approx$ € 166.169,86) 3. Landkreis Bad Dürkheim mit DM 406.300 = 12,5 % ($\approx$ € 207.737,89) 4. Rhein-Pfalz-Kreis mit DM 617.500 = 19 % ($\approx$ € 315.722,74)
--	--

	5. Verbandsgemeinde Maxdorf mit DM 65.000 = 2 % (= € 33.233,97) 6. Verbandsgemeinde Wachenheim mit DM 34.800 = 1,07 % (= € 17.792,96) 7. Ortsgemeinde Ellerstadt mit DM 34.800 = 1,07 % (= € 17.792,96) 8. Ortsgemeinde Gönnheim mit DM 11.600 = 0,36 % (= € 5.930,99)
--	---

Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2
Satz 3 Nr. 1 GemO)

• **Gesellschafterversammlung**

1. Für den Aufsichtsrat
Oberbürgermeisterin der Stadt
Ludwigshafen Dr. Eva Lohse
2. Für die Technischen Werke Ludwigshafen
Vorstand Dipl.-Kaufm. Stefan Richtstein
(ab 01.04.2005)
Übergangsvorstand RA Werner Löffler
(01.01.2005 – 31.03.2005)
Vorstand Dr.-Ing. Gerhard Weissmüller
3. Für die Stadt Bad Dürkheim
Bürgermeister Wolfgang Lutz
oder Vertreter
4. Für den Landkreis Bad Dürkheim
Landrätin Sabine Röhl
oder Vertreter
5. Für den Landkreis Ludwigshafen
Landrat Werner Schröter
oder Vertreter
6. Für die Verbandsgemeinde Maxdorf
Bürgermeister Eckhard Leyser
oder Vertreter
7. Für die Verbandsgemeinde Wachenheim
Bürgermeister Klaus Huter
oder Vertreter
8. Für die Ortsgemeinde Ellerstadt
Ortsbürgermeister Helmut Rentz
oder Vertreter
9. Für die Ortsgemeinde Gönnheim
Ortsbürgermeister Robert Blaul
oder Vertreter

• **der Aufsichtsrat**

TWL

Dr. Eva Lohse	Oberbürgermeisterin Stadt Ludwigshafen
Christian Beilmann	Student Stadt Ludwigshafen
Dr. Bernhard Braun	Landesabgeordneter
Heike Scharfenberger	Dipl. Soziologin Stadt Ludwigshafen
Manfred Schwarz	Dipl.-Ing. (FH) für Verfahrenstechnik Stadt Ludwigshafen
Anke Simon	Bankkauffrau Stadt Ludwigshafen

Stadt Bad Dürkheim

Wolfgang Lutz	Bürgermeister
---------------	---------------

Landkreis Bad Dürkheim

Sabine Röhl	Landrätin
-------------	-----------

Landkreis Ludwigshafen

Werner Schröter	Landrat
Robert Hofmann	Kreisabgeordneter (verst. 23.11.2005)
Hans-Walter Zöllner	Kreisabgeordneter (ab 30.01.2006)

Verbandsgemeinde Maxdorf

Eckhard Leyser	Bürgermeister
----------------	---------------

Verbandsgemeinde Wachenheim

Ortsgemeinden Ellerstadt und Gonnheim

Helmut Rentz	Ortsbürgermeister
--------------	-------------------

	<u>Arbeitnehmer</u>
	Ruth Geis kfm. Angestellte
	Christian Kühn Leiter Betrieb und Verkehr
	Andreas Schmidt Triebwagenführer
	<u>der Geschäftsführung gehören an:</u>
	Dipl.-Kaufmann Stefan Richtstein (ab 01.04.2005) Übergangsgeschäftsführer RA Werner Löffler (01.01.2005 – 31.03.2005) Dr.-Ing. Gerhard Weissmüller

Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Das Unternehmen ist beteiligt an der
	<i>Unternehmensgesellschaft Verkehrsverbund Rhein-Neckar mbH, Mannheim (URN)</i>
	Beteiligung: 1,89 %
	<i>Rhein-Neckar Verkehr GmbH, Mannheim (RNV)</i>
	Beteiligung: 2,42 %
	Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr verändert.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben		2004	2005
	Fahrgäste	1.999.000	1.980.000
	Wagen-km	353.970	362.607
	Streckenlänge km	16,3	16,3

Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	siehe Anlage 1: Lagebericht (Auszug aus dem Geschäftsbericht)
---	--

Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Auszug aus dem Prüfungsbericht 2004 ALLTREU Revision & Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerprüfungsgesellschaft Ludwigshafen: siehe Anlage 2
---	---

Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO) (insgesamt alle Gesellschafter)	• Kapital in Höhe von 1.721.402,85 € wurde zugeführt. • Kapital in Höhe von 1.721.402,85 € wurde entnommen zum Verlustausgleich
--	--

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kapitalzuführungen der letzten 3 Jahre durch Landkreis Bad Dürkheim: 2005: 162.125,00 € 2004: 175.250,00 € 2003: 154.375,00 € Verlustausgleiche der letzten 3 Jahre durch Landkreis Bad Dürkheim: 2005: 200.675,59 € 2004: 228.300,36 € 2003: 186.714,97 € Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt: keine Vom Unternehmen gezahlte Konzessionsabgaben an die Stadt keine
---	--

laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Geschäftsführung keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB
---	--

TEIL III
für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1: Hierzu sind unter dem Stichwort „Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ die notwendigen Angaben erfolgt Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2: Hierzu sind unter dem Stichwort „Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft“ die notwendigen Angaben erfolgt Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3: Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern.
--	---

Kennzahl	Berechnung	
1. Ertragslage		2005
a) Rentabilität		
• Eigenkapitalrentabilität	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	- 63,3 %
• [Gesamtkapitalrentabilität]	(Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen x 100) : Gesamtkapital	- 5,6 %
b) Umsatz pro Mitarbeiter	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter	98,3 T€
c) Cash-Flow		
• aus der laufenden Geschäftstätigkeit	Jahresfehlbetrag +/- Ab-/Zuschreibungen auf Anlagen, Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen, Auflösung Investitionszuschüsse, Rechnungsabgrenzungsposten, Pensionsrückstellungen, sonstige Rückstellungen, Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 1.377 T€
• aus der Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens + Investitionszuschüssen ./.. Auszahlungen für Investitionen des Sach- bzw. Finanzanlagevermögens	- 175 T€
• aus der Finanzierungstätigkeit	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen ./.. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	1.537 T€
1. Vermögensaufbau		
• Anlagenintensität	(Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen	83,1 %
• Intensität des Umlaufvermögens	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen	16,8 %
2. Anlagenfinanzierung		
• Anlagendeckung I	(Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	21,0%
• Anlagendeckung II	[(Eigenkapital+langfr. Fremdkapital] x 100) : Anlagevermögen	120,3 %
3. Kapitalausstattung		
• Eigenkapitalquote	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	17,4 %
• Fremdkapitalquote	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	82,6 %

4. Liquidität • Liquiditätsgrad I • [Liquiditätsgrad III]	Liquide Mittel ./ kurzfristiges Fremdkapital (Umlaufvermögen x 100) : mittel- und kurzfristiges Fremdkap.	45,0 T€ 51,6 %
---	---	-------------------

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005

Die zum 1. Oktober 2004 durch die Gesellschafter Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB), Verkehrsbetriebe Ludwigshafen GmbH (VBL), Rhein-Haardtbahn GmbH (RHB), MVV Verkehr AG und MVV OEG AG gegründete Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV GmbH) hat am 1. März 2005 den operativen Betrieb aufgenommen und führt seit dem den Fahrbetrieb für die Muttergesellschaften aus. Die RHB ist mit einem Anteil von 2,42 % an der RNV GmbH beteiligt.

Mit der Gründung dieses städteübergreifenden Verkehrsunternehmens verfolgen die Gesellschafter das Ziel, in der „Metropolregion Rhein-Neckar“ den Bürgerinnen und Bürgern ein wettbewerbsfähiges und attraktives Verkehrsangebot anzubieten und gleichzeitig die Wettbewerbspositionen der einzelnen Verkehrsgesellschaften zu verbessern.

Das Geschäftsjahr 2005 weist mit -1,2 % gegenüber dem Vorjahr einen geringfügigen Rückgang bei den Fahrgastzahlen auf. Dennoch wurde mit rund 1,98 Mio. Fahrgästen eine der höchsten Beförderungsleistungen der letzten Jahrzehnte erreicht.

Hierbei konnten die Zuwächse bei den Einzel- und Mehrfahrtenkarten (+ 11,1 %), den Zeitkarten mit und ohne Übergangsberechtigung (+ 8,6 %) und beim Schülerverkehr (+ 13,6 %) die sinkende Nachfrage nach Sonstigen Fahrausweisen (- 58,3 %) nicht ganz kompensieren.

Die Einnahmen aus Beförderungsleistungen verringerten sich um - 3,4 % auf 2,108 Mio. Euro. Die Gesamterträge stiegen im Berichtsjahr infolge der Zahlungsströme zwischen der RNV und der RHB um rund 1,438 Mio. Euro auf 4,600 Mio. Euro.

Die gesamten betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1,218 Mio. Euro auf 6,206 Mio. Euro an. Hierbei standen der Zunahme beim Materialaufwand (+ 2,033 Mio. €) Kostenentlastungen beim Personalaufwand (- 516 T€), bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 197 T€), bei den Abschreibungen auf Vermögensgegenstände und Finanzanlagen sowie den übrigen Aufwendungen (- 102 T€) entgegen.

Insgesamt liegt das Unternehmensergebnis 253 T€ schlechter als der Wirtschaftsplan. Die Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus höheren betrieblichen Aufwendungen (+ 79 T€) und geringeren Beförderungseinnahmen (- 60 T€).

Die Löhne und Gehälter wurden zum Monatsersten im April, Juli und Oktober 2005 um jeweils 100,- Euro angehoben. Gegenüber dem Vorjahr waren im Jahresdurchschnitt drei Mitarbeiter weniger im Unternehmen beschäftigt.

Das Geschäftsjahr 2005 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 1,605 Mio. Euro gegenüber 1,826 Mio. Euro im Vorjahr ab. Die Gesellschafter haben entsprechend ihrer Beteiligung am gezeichneten Kapital vierteljährliche Abschlagszahlungen zum teilweisen Ausgleich des Jahresfehlbetrages geleistet, wodurch sich zum 31.12.2005 ein Bilanzverlust in Höhe von rund 308 T€ ergab.

Im Berichtsjahr wurden inklusive Umbuchungen aus Anlagen im Bau 286 T€ in Sachanlagen investiert. Hierbei entfielen auf das in Bau befindliche Gleichrichterunterwerk in Bad Dürkheim 200 T€ und auf eine Gleiserneuerung im Bereich von Maxdorf 85 T€. Für die Investitionen in das Unterwerk wurden durch das Land Rheinland-Pfalz öffentlichen Fördermittel in Aussicht gestellt.

Der Investitionsplan 2006 weist insgesamt 1,099 Mio. Euro aus. Wesentliche Vorhaben sind hierbei die Erneuerung eines Gleisabschnitts in Maxdorf-Süd mit 400 T€, die Ertüchtigung von Fahrleitungen in Höhe von 200 T€ sowie die Erneuerung von Weichenanlagen, die Modernisierung der Bahnstromversorgung und des Haltepunktes Oggersheim mit jeweils 100 T€.

Öffentliche Zuschüsse wurden für die Investitionen 2006 laut Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt, da auf Grund der finanziellen Situation des Landes für die Zukunft kaum Aussicht auf eine Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur besteht.

Gemäß dem Wirtschaftsplan 2006 wird bei Erträgen von 4,554 Mio. Euro und bei Aufwendungen von 6,237 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag von 1,680 Mio. Euro erwartet, zu dessen Deckung die Gesellschafter wiederum vierteljährliche Ausgleichszahlungen leisten. Das Geschäftsjahr 2006 wird nach Verrechnung der Entnahme aus der Kapitalrücklage mit dem geplanten Jahresfehlbetrag somit voraussichtlich mit einer ausgeglichenen Bilanz abschließen.

Entsprechend dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurde von der Geschäftsleitung ein Risikomanagementsystem eingeführt, wonach den Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt, bewertet und mit geeigneten Maßnahmen abgewendet werden sollen. Die fortgeführte Analyse der erkannten bestandsgefährdenden oder wesentlichen Risiken – beginnende Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen, Rückzahlung eines Barwertvorteil aus einem US-Leasinggeschäft und voller oder teilweiser Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen – lassen in den nächsten 12 Monaten, wie bisher, keine entscheidenden Beeinträchtigungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erwarten.

Neue Geschäftsrisiken erwachsen aus der zunehmenden Finanznot der öffentlichen Aufgabenträger und dem Rückgang der für Verkehrsleistungen zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Diesen Risiken kann das Unternehmen nur mit einer verbesserten Wirtschaftlichkeit begegnen. Die Gründung der RNV GmbH bietet hier die Chancen für ein wettbewerbsfähiges und attraktives Verkehrsangebot und für die Verbesserung unserer Wettbewerbsposition.

Ludwigshafen am Rhein, den 15. Februar 2006

Die Geschäftsführung

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

8. Die Geschäftsführer haben im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3) die **wirtschaftliche Lage des Unternehmens** beurteilt.
9. Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführer im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.
10. Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:
 - Geringfügiger Rückgang der Fahrgastzahlen in 2005.
 - Erhöhung der Gesamterträge um 1,4 Mio. € aufgrund der Zahlungsströme von der RNV bei gleichzeitiger Verringerung der Einnahmen aus Beförderungsleistungen und Anstieg der betrieblichen Aufwendungen um T€ 1,2 Mio. € infolge des Leistungsbezugs von der RNV.
 - Abschluss des Geschäftsjahres 2005 mit Jahresfehlbetrag von 1,60 Mio. € gegenüber Jahresfehlbetrag von 1,83 Mio. € im Geschäftsjahr 2004.
 - Teilweiser Ausgleich des Jahresfehlbetrags durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter.
 - Keine Erwartung von bestandsgefährdenden Risiken aus
 - Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr,
 - Rückzahlung eines Barwertvorteils aus einem US-Leasinggeschäft,
 - vollem oder teilweisen Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen,
 - sonstigen wesentlichen bzw. nennenswerten Risikofaktoren.
 - Erwartung einer zukünftig verbesserten Wettbewerbsposition durch Übertrag des Geschäftsbetriebs in 2005 auf die in 2004 gegründete Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV).

11. Die Geschäftsführung weist in der Lageberichtserstattung nach unserer Auffassung zutreffend auf die positive Entwicklung der Gesamterträge bei einem leichten Rückgang der Fahrgastzahlen und verminderten Einnahmen aus Beförderungsleistungen im Jahr 2005 hin. Hierdurch konnten im Vorjahresvergleich höhere Einnahmen – verursacht durch die Leistungsverrechnung an die RNV – erreicht werden, diesen standen jedoch auch insgesamt höhere Aufwendungen im gegenüber. Insgesamt verbesserte sich das Unternehmensergebnis, blieb jedoch mit T€ 253 unter dem Planergebnis.
12. Die Geschäftsführung verweist zutreffend auf die gestiegenen betrieblichen Aufwendungen, deren Ursache im Wesentlichen in dem gestiegenen Materialaufwand aufgrund der von RNV berechneten Leistungen liegt.
13. Insgesamt wurde das Ergebnis von T€ – 1.605 um T€ 253 stärker belastet, als dies im Wirtschaftsplan für das abgelaufene Geschäftsjahr erwartet wurde. Insoweit zeigt, wie im Lagebericht ausgeführt, der im Jahresabschluss ausgewiesene Bilanzverlust die Restverpflichtung der Gesellschafter aus dem im Gesellschaftsvertrag geregelten Verlustausgleichsanspruch der Gesellschaft gegenüber den Gesellschaftern.
14. Zu den erwarteten Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft und zu den bestandsgefährdenden Risiken hat die Geschäftsführung im Lagebericht angemessene Erklärungen abgegeben. Ohne diese Ausführungen einzuschränken sind diese nach unserer Auffassung um folgende Aussage zu ergänzen: Das operative Geschäft der Gesellschaft ist aufgrund von grundsätzlich schwer beeinflussbaren Faktoren planmäßig defizitär. Aufgrund der im Gesellschaftsvertrag geregelten Verlustausgleichsverpflichtung durch die Gesellschafter, die alle als solvent einzustufen sind, kann eine Bestandsgefährdung grundsätzlich ausgeschlossen werden.
15. In Bezug auf die Chancen und die künftige Entwicklung der Gesellschaft im Rahmen der Allianzbildung in der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, muss nach unserer Auffassung abgewartet werden, inwieweit hierdurch Synergieeffekte o.ä. tatsächlich Kosteneinsparungen erzielt bzw. ggf. Mehrerlöse generiert werden können. Aufgrund der in Textziffer 14 genannten Gründe lässt sich jedoch in diesem Zusammenhang zurzeit keine Bestandsgefährdung ableiten.
16. Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten in Abschnitt D. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.
17. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

18. **Gegenstand unserer Prüfung** waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

19. Durch den Aufsichtsrat wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG **erweitert**.

Über die vorgenannte Prüfung wird in Abschnitt E. jeweils gesondert berichtet. Der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) ist als Anlage 8 diesem Bericht beigelegt.

20. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.
21. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.
22. Die **Prüfungsarbeiten** haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit vom 30. Januar bis zum 3. März 2006 in den Geschäftsräumen der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG in Ludwigshafen und in unserer Kanzlei in Ludwigshafen durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Zur Vorbereitung der Abschlussprüfung haben wir im November 2005 eine **Vorprüfung** in den Räumen der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG in Ludwigshafen vorgenommen, in deren Verlauf schwerpunktmäßig den Übertrag des Geschäftsbetriebs im Rahmen des Einbringungsvorgangs in die RNV GmbH geprüft und eine Saldenbestätigungsaktion durchgeführt wurde. Ein gesonderter Teilprüfungsbericht wurde nicht erstellt.

23. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 4. Mai 2005 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2004**; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 20. September 2005 unverändert festgestellt.

Der uns zur Prüfung übergebene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 wurde von der Mehrheitsgesellschafterin und Konzernmutter, der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG, Ludwigshafen, erstellt.

24. Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.
25. Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.
26. Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufüblichen **Vollständigkeits-erklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

27. Bei **Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

28. Der Prüfung lag eine **Planung** der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und der einschlägigen Fachpresse bekannt.

29. Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende **Prüfungsschwerpunkte**:
- Entwicklung des Anlagevermögens nach erfolgter Sacheinlage mit Zuzahlung in die RNV,
 - Analyse von periodenfremden bzw. einmaligen Ergebnisbestandteile nach Allianzbildung in der RNV,
 - Systemprüfung der Lohn- und Gehaltabwicklung und
 - weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
30. Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren **Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.
31. Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir u. a. Grundbuchauszüge eingesehen und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

Darüber hinaus haben wir Bankbestätigungsschreiben bei den finanzierenden Banken der Gesellschaft eingeholt.

An der Inventur der Vorräte zum 31.12.2005 haben wir nicht teilgenommen. Die Vorräte sind als unwesentlich zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anzusehen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

90. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2005 (**Anlagen 1 bis 3**) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005 (**Anlage 4**) der Rhein-Haardtbahn GmbH, Bad Dürkheim, unter dem Datum vom 6. März 2006 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Rhein-Haardtbahn GmbH, Bad Dürkheim für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

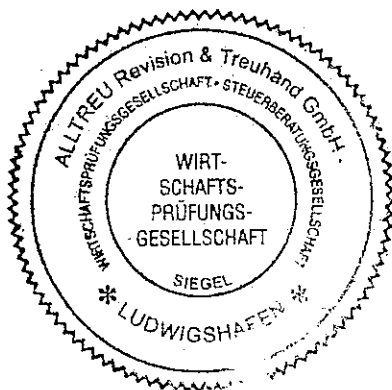
91. Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).
92. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Ludwigshafen, den 10. März 2006

ALLTREU • Revision & Treuhand GmbH •

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft • Steuerberatungsgesellschaft


Ulrich Roth
Wirtschaftsprüfer




Jörg Bauer
Wirtschaftsprüfer

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2005

Teil 1 für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegründet am	21.12.1972
Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	12.06.2001
Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschafts- jahres	5.010.660,44 €
Veränderungen im Berichtsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung des Betriebes, der Sicherung und der Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen.

Teil 2 nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:
	Landkreis Bad Dürkheim
	1.227.100,51 EUR 24,49%
	Stadt Bad Dürkheim
	1.227.100,51 EUR 24,49%
	Land Rheinland-Pfalz
	2.556.459,42 EUR 51,02%

<i>Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO) im Berichtsjahr 2003</i>	Aufsichtsrat: Staatssekretär Herbert Laubach, Vorsitzender Ministerialrätin Beatrice Lerch stellv. Vorsitzende Ministerialdirigent Rudolf Oster bis 30.11.2005 Wolfgang Lutz, Bürgermeister Sabine Röhl, Landrätin Gesellschafterversammlung: Für das Land Rheinland-Pfalz: Michael Braum -MdF- Für die Stadt Bad Dürkheim: Peter Gauweiler, Amtsleiter Für den Landkreis Bad Dürkheim: Elke Thomas, Oberamtsrätin Geschäftsführer/in: Michaela Andres bis 21.03.2005 Oliver Kirschner ab 21.03.2005
<i>Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</i>	Die Staatsbad GmbH ist an der Allgemeinen Kurmittelzentrum Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von 12.935,68 EUR oder 50,6% des Stammkapitals beteiligt.
<i>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	erfolgten im Berichtsjahr 2004 nicht
<i>Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine
<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	Keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 siehe Lagebericht
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Landkreises durch das Unternehmen ist derzeit nicht abzusehen
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht**1. Rentabilität**

Eigenkapitalrentabilität	-10,4%
Cash-Flow	-774.778,27 €

2. Vermögensaufbau

Anlagenintensität	87,13%
Intensität Umlaufvermögen	12,55%

3. Anlagenfinanzierung

Anlagendeckung I	112,13%
Anlagendeckung II	112,13%

4. Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote	97,7%
Fremdkapitalquote	2,3%

5. Liquidität

Liquiditätsgrad I	1.066.483,82 €
Liquiditätsgrad III	841,98%

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2005

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes in 2005

A) Allgemeine Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2005 hat sich die Ergebnissituation verbessert. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.157 T€ zeigt eine Verminderung in Höhe von 292 T€ zum Vorjahr. Dies ist auf die Verringerung der Abschreibungen und des Personalaufwandes zurück zu führen. Die Rückgänge bei den Umsatzerlösen in Höhe von T€ 111 wurden durch vorgenannten Positionen überkompensiert. Im Laufe des Geschäftsjahres erfolgte die Einführung neuer Anwendungen im klassischen Wellnessbereich. Es ist auch ersichtlich, dass durch Privatzahler bereits ein Großteil der Umsätze im Kurbetrieb vereinnahmt wird (79%).

Im kommenden Geschäftsjahr wird die Gesellschaft die Sparte Medical-Wellness durch neue Anwendungsformen erweitern. Bei den neuen Therapiebereichen handelt es sich um CranioSacral-Anwendung, die Nuad Tao eine thailändische Fußmassage und die LaStone-Therapie. Auch werden im klassischen Wellnessbereich die eine oder andere neue Anwendung das Programm abwechslungsreich ergänzen. Es muß weiterhin das Bestreben sein die Attraktivität des Hauses durch qualifizierte Anwendungen für die überwiegenden privaten Gäste zu steigern.

B) Betriebe und Anlagen der Gesellschaft

Kurzentrum Bad Dürkheim

- Thermalhallenbad
- Kurmittelabteilung
- Medical-Wellness
- Trinkkurenausschank

Vitalis-Wellnesszentrum

- Thermalhallenbad
- Massageabteilung
- Saunalandschaft mit Biosauna, Dampfsauna und finnischer Sauna
- Kräuterstadel mit Rasul, Kaiser- und Heubad